

VERORDNUNG

über das Naturschutzgebiet „Saalberghau“ in der Gemarkung Dessau-Großkühnau

vom 15. 12. 2003

Aufgrund der §§ 17, 27 und 45 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 11. Februar 1992 (GVBl. LSA, S. 108), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. August 2002 (GVBl. LSA S. 372) wird unter Einhaltung des Verfahrens nach § 26 des Naturschutzgesetzes verordnet:

§ 1

Naturschutzgebiet

- (1) Das in den Absätzen 2 und 3 näher bezeichnete Gebiet in der Gemarkung Dessau-Großkühnau (Stadt Dessau) wird mit In-Kraft-Treten dieser Verordnung zum Naturschutzgebiet erklärt.

Das Naturschutzgebiet führt die Bezeichnung „**Saalberghau**“. Es hat eine Größe von ca. 316 ha.

- (2) Das Gebiet umfasst den Ostteil des Kühnauer Sees mit ausgedehntem Uferbereich einschließlich Fischerinsel und Burg Kühnau, die Forstorte Graue Steinhau und Saalberghau in den Grenzen der Forstteilungen 4536 bis 3543 mit den westlich angrenzenden Bürgerwiesen sowie die südliche Stromelbe zwischen Elbe-km 262,8 – 266.
- (3) Der Grenzverlauf ergibt sich aus der mitveröffentlichten Karte im Maßstab 1: 12.500. Die Grenze verläuft auf der dem Gebiet abgewandten Seite der schwarzen Punktreihe. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

Schutzzweck

- (1) Das Gebiet ist aufgrund seiner Naturausstattung ein wichtiger Bestandteil des Biosphärenreservates „Flusslandschaft Mittlere Elbe“ und unterliegt damit in besonderem Maße dem Schutzzweck dieses Reservates,
- der Erhaltung der gebietsspezifischen Arten- und Formenmannigfaltigkeit, wie sie in ihrer Komplexität im Landschaftsmosaik mitteleuropäischer Flusstalauen mit den angrenzenden Talsandterrassen auftreten,
- dem Schutz gebietstypischer Vegetationsgesellschaften naturnaher, waldreicher Überflutungsausauen mit subkontinentalen Florenelementen, die in dieser Ausdehnung in Mitteleuropa einmalig sind,
- dem Schutz des Lebensraumes für eine vielfältige Fauna einschließlich zahlreicher bestandsbedrohter Arten,
 - der Erhaltung ökologischen Forschungsraumes für das Programm „Der Mensch und die Biosphäre“ der UNESCO.
- (2) Der gebietsspezifische Schutzzweck besteht in

- der Erhaltung und Entwicklung eines naturnahen und bundesweit gefährdeten Hartholzauenwaldes mit hohem Altholzanteil und gut ausgeprägten Waldsäumen sowie der Weichholzauen im Überflutungsbereich der Elbe mit einem den natürlichen Verhältnissen nahe kommenden Totholzanteil,
- der Erhaltung und Entwicklung von Solitärbäumen und -baumgruppen, sowie sonstiger Feld- und Einzelgehölze,
- der Erhaltung und Entwicklung extensiv genutzten Grünlandes mit kontinentalen Stromtalpflanzen,
- dem Schutz, der Pflege und Entwicklung der Dünenkomplexe mit Trockenrasen,
- der Erhaltung, Pflege und Entwicklung des Altwassers (Kühnauer See) der Elbe mit seinen Wasserpflanzengesellschaften, Verlandungsbereichen und Ufergehölzen, der zahlreichen Flutrinnen und temporären Kleingewässer,
- der Erhaltung und Entwicklung der Ufer der Elbe mit ihren Pionier- und Staudenfluren,
- der ungestörten Entwicklung der natürlichen Dynamik und Prozesse sowie der natürlichen Artenvielfalt der Landschaftsteile in der Kernzone

als Wuchsorte zahlreicher z.T. seltener und gefährdeter Pflanzenarten und -gesellschaften sowie als störungsarmes Brut-, Wohn-, Nahrungs- und Rastplatz für zahlreiche z. T. seltene, bestandsbedrohte und störungsempfindliche Tierarten.

Das Gebiet zählt zu den floristisch bedeutsamsten an der mittleren Elbe und besitzt eine besondere Bedeutung als Brutgebiet für Greifvögel und als Rast- und Überwinterungsgebiet für Wasservögel.

- (3) Der Schutzzweck umfasst auch die Sicherung, Förderung, Entwicklung und Wiederherstellung des Landschaftsteils als Vorkommensgebiet von
1. natürlichen Lebensräumen sowie von wild lebenden Tierarten von gemeinschaftlichem europäischen Interesse nach den Anhängen I und II der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (ABl. EG Nr. L 206, S. 7), zuletzt geändert durch die Richtlinie 97/62/EG vom 27. Oktober 1997 (ABl. EG Nr. L 305, S. 42) zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen, hierzu zählen beispielsweise
 - offene Grasflächen mit *Corynephorus* und *Agrostis* auf Binnendünen,
 - natürliche eutrophe Seen mit einer Vegetation des Magnopotamions oder Hydrocharitions,
 - Flüsse mit Schlammhängen mit Vegetation des *Chenopodium rubri* p.p. und des *Bidens* p.p.,
 - feuchte Hochstaudenfluren, incl. Waldsäume,
 - Brendolden-Auenwiesen (*Cnidion dubii*),
 - magere artenreiche Flachland-Mähwiesen,
 - Hartholzauenwälder,
 - Bitterling, Schlammpeitzger, Steinbeißer, Rotbauchunke, Biber, Fischotter.
 2. Arten nach Anhang I und Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 (ABl. EG Nr. L 103, S. 1) zuletzt geändert durch die Richtlinie 97/49/EWG vom 29. Juli 1997 (ABl. EG Nr. L 223, S. 9) über die Erhaltung der wild

lebenden Vogelarten einschließlich ihrer Lebensräume, hierzu zählen beispielsweise Rotmilan, Mittelspecht und Sperbergrasmücke.

§ 3

Verbote

- (1) Nach § 17 Absatz 2 Satz 1 des Naturschutzgesetzes sind im Naturschutzgebiet alle Handlungen verboten, die das Naturschutzgebiet oder einzelne seiner Bestandteile zerstören, beschädigen, verändern oder zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung führen können.

Nach § 17 Absatz 2 Satz 2 des Naturschutzgesetzes darf das Naturschutzgebiet außerhalb der Wege nicht betreten werden. Schneisen, Holzrückelinien, Fußpfade, Wildwechsel und Eisflächen gelten nicht als Wege im Sinne dieser Verordnung.

Die in der beigefügten Karte als Kernzone gekennzeichneten Flächen darf nur auf Wegen betreten werden, die im Gelände durch entsprechende Markierungen ausdrücklich zum Betreten frei gegeben sind.

- (2) Zu den verbotenen Handlungen zählen insbesondere
1. Pflanzen zu beschädigen, zu entnehmen oder Teile von ihnen abzutrennen;
 2. wild lebende Tiere zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen oder zu töten;
 3. Hunde und andere nicht wild lebende Tiere im Naturschutzgebiet unangeleint laufen zu lassen;
 4. die Durchführung von Baumaßnahmen;
 5. die Ablagerung von Stoffen, Materialien oder Gegenständen;
 6. das Verunreinigen des Gebietes;
 7. die Anlegung von Erdaufschlüssen oder die Veränderungen der Bodenecke;
 8. Be- oder Entwässerungsmaßnahmen vorzunehmen;
 9. Feuer anzufachen, zu lärmern, zu baden, zu biwakieren, zu nächtigen und zu zelten;
 10. zu reiten;
 11. Fischerei zu betreiben, soweit nicht unter § 5 der Verordnung ausnahmsweise zugelassen;
 12. das Gebiet außerhalb dem öffentlichen Verkehr gewidmeter Wege, Straßen oder Wasserstraßen mit Kraftfahrzeugen, Kleinkrafträdern, Wasserfahrzeugen zu befahren;
 13. Nutzungsarten einer Fläche zu ändern, ausgenommen Nutzungsaufgabe;
 14. Pflanzen und Tiere einzubringen, die nicht standortheimisch sind;
 15. Flug- und Modellsport zu betreiben;

16. jegliche Einflussnahme auf die in der beigefügten Karte gekennzeichnete Kernzone oder einzelne ihrer Bestandteile.
- (3) In dem außerhalb des NSG gelegenen Teil des Kühnauer Sees sind folgende Handlungen verboten
- Fischintensivhaltung
 - Zufütterung
 - künstlicher Besatz.

§ 4

Erlaubnis

- (1) Die obere Naturschutzbehörde kann folgende gemäß § 3 dieser Verordnung verbotenen Handlungen auf Flächen, die nicht als Kernzonen gekennzeichnet sind, durch die Erteilung einer Erlaubnis zulassen:
1. Das Gebiet auf nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Wegen oder Straßen mit Gespannfahrzeugen zu befahren oder darauf zu reiten,
 2. auf besonders geschützte Pflanzen und Tiere sowie auf deren Standorte und Lebensräume einzuwirken sowie
 - in einem Umkreis von 100 m um Horststandorte des Kranichs, des Schwarzstorches, der Adlerarten sowie des Wanderfalken
 - Bestockungen zu entfernen oder den Charakter des Gebietes zu verändern,
 - land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Maßnahmen durchzuführen,
 - stationäre jagdliche Einrichtungen zu errichten oder
 - in einem Umkreis von 300 m um diese Horststandorte in der Zeit vom 1. März bis 31. August (bei Horststandorten des Seeadlers vom 1. Februar bis 31. August) die Jagd auszuüben,
 3. Beschilderungen anzubringen,
 4. organisierte Veranstaltungen, insbesondere sportliche Wettkämpfe, Umzüge oder Feste, vorzunehmen, bei denen die Wege nicht verlassen werden; dies gilt gleichermaßen für die Durchführung der Veranstaltung wie für die Teilnahme an der Veranstaltung,
 5. die ordnungsgemäße Ausübung der Angelfischerei am U-Teich durch die Eigentümer oder Pächter, soweit sie das Fischereiausübungsrecht besitzen, jedoch
 - maximal durch 3 Personen,
 - ohne Vergabe von Angelkarten,
 - ohne Einsetzen oder Füttern von Fischen,
 - nur in der Zeit von einer Stunde vor Sonnenaufgang bis eine Stunde nach Sonnenuntergang,
 - ohne Verwendung von Reusen oder Stellnetzen,
 - ohne Eisangeln oder Elektrofischerei,

- ohne das Betreten von Schilfzonen,
 - nicht im Umkreis von 30 m um erkennbar besetzte Biberbaue,
 - ohne Beeinträchtigung der Vegetation, insbesondere der Gehölze oder Röhrichtbestände,
 - ohne Anlegen von Angelstegen oder das Befahren des Gewässers mit Booten,
 - ohne Fahren oder Parken von Kraftfahrzeugen außerhalb der straßenverkehrsrechtlich für die Öffentlichkeit dafür ausgewiesenen Straßen oder Plätze,
6. Maßnahmen der Rekonstruktion, Wiederherstellung, Änderung oder des Ersatzneubaus an Anlagen, die zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung rechtmäßig waren, nicht aber deren Erweiterung oder Ausbau.
- (2) Die Erlaubnis wird auf Antrag im Einzelfall erteilt, wenn durch die Handlung der Schutzzweck des Gebietes nicht beeinträchtigt wird. Für Handlungen nach Nummern 1. oder 4. kann die obere Naturschutzbehörde auch im Wege der Allgemeinverfügung eine Ausnahmeregelung treffen. Erlaubnisse können insbesondere widerrufen werden, wenn die erlaubte Handlung den Schutzzweck gefährdet.
- (3) Auf den in der beigefügten Karte als Kernzone gekennzeichneten Flächen kann die obere Naturschutzbehörde bestimmte jagdliche Handlungen erlauben, wenn dies ökologisch zwingend erforderlich ist und die Durchführung den Schutzzweck nicht beeinträchtigt. Weiterhin kann die obere Naturschutzbehörde im Rahmen einer Beunruhigungsjagd auf Wildschweine auch die Beunruhigung der Kernzone erlauben, wenn durch diese Wildart auf angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen erhebliche Wildschäden verursacht werden und dies auf die Jagdruhe in der Kernzone zurückzuführen ist. Der Durchführungszeitraum für die Beunruhigung der Kernzone erstreckt sich vom 1. Oktober bis zum 15. Dezember.
- In der Kernzone kann die obere Naturschutzbehörde ferner die Anbringung von Beschilderungen oder anderen Kennzeichnungen erlauben, soweit die Handlung dem Schutzzweck dient.
- (4) Im Gesamtgebiet kann die obere Naturschutzbehörde die Rekonstruktion oder Änderung vorhandener Hochwasserschutzanlagen erlauben, soweit dies aus überwiegenden Gründen des Wohls der Allgemeinheit erforderlich ist.

§ 5

Zulässige Handlungen

- (1) Folgende Handlungen werden auf Flächen, die nicht in der beigefügten Karte als Kernzone gekennzeichnet sind, gemäß § 17 Absatz 2 Satz 3 des Naturschutzgesetzes zugelassen und fallen nicht unter die Verbote des § 3, soweit sie nicht nach § 4 unter den Vorbehalt einer Erlaubnis gestellt sind:
1. Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung bestehenden Landwirtschaftsflächen
- a) als Mähwiese oder Weide, jedoch
- bei Beweidung mit Pflege der Wiesen durch Nachmahd,

- bei Beweidung unter Auszäunung von Wald- und Uferbereichen und von nassen Senken sowie von Einzelbäumen und Baumgruppen, die durch Einwirkungen des Weideviehs gefährdet sind (z. B. durch Verbiss, Schälen oder Scheuern),
 - bei Düngung ohne Überschreitung eines jährlichen Reinstickstoffanteils von maximal 60 kg N/ ha sowie adäquaten Anteilen von K, P, Ca und Mg,
 - ohne Lagerung von Düngemitteln
 - ohne Umbruch von Grünland oder andere Veränderungen des Bodenreliefs,
 - ohne weitere Entwässerungsmaßnahmen,
 - ohne die Anwendung von Bioziden (das sind Stoffe oder Substanzen, die geeignet sind Lebewesen abzutöten),
- b) die Spitze der Hoyersdorfer Wiesen zwischen Saalberghau und Grauem Steinhau und die Wiesen an der ehemaligen Burg Kühnau als Mähwiese wie unter a), jedoch ohne Beweidung und ohne Düngung,
2. die ordnungsgemäße naturnahe forstwirtschaftliche Bodennutzung der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung bestehenden Waldbestände gemäß der Leitlinie Wald (Runderlass des Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt vom 1. September 1997 – 706-0501-, MBl. LSA S. 1871), jedoch
- Kahlschläge nur bis max. 0,5 ha Größe zur Umwandlung nicht naturnaher Bereiche in einen der potentiell natürlichen Vegetation nahekommenden Wald bzw. zum Einbringen der Stieleiche,
 - Waldentwicklung (einschließlich –verjüngung) unter weitgehender Zulassung natürlicher walddynamischer Prozesse, bei Kunstverjüngung nur mit Baumarten der potenziell natürlichen Vegetation,
 - Waldpflege mit besonderem Schwerpunkt der Mischungsregulierung entsprechend der potenziell natürlichen Vegetation und mit geringen Eingriffen,
 - auf zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung in Landeseigentum befindlichen Forstflächen unter Belassung von mindestens fünf entsprechend zu kennzeichnenden Altbäumen/ha bis zu deren natürlichem Verfall,
 - bei Holzentnahme in Altholzbeständen, einschließlich Dauerwald, von über 10 % des Holzvorrates im Jahrzehnt nur nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde im Rahmen der Forsteinrichtung,
 - unter Gewährleistung langer Altersphasen,
 - auf zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung in Landeseigentum befindlichen Forstflächen unter gezielter Erhaltung von natürlich anfallendem stehendem und liegendem Totholz in jedem Altersbereich; dabei ist ein den natürlichen Verhältnissen nahekommender Anteil an der oberirdischen Baummasse in einem weitgehend ausgewogenen Verhältnis zwischen stehenden und liegenden Totholzanteilen in Abhängigkeit von der Entwicklungsphase des Bestandes anzustreben; mindestens die Hälfte des Totholzvorrates sollte aus mittlerem und starkem Baumholz bestehen,

- unter Erhaltung und Förderung der Ausbildung von Waldaußenrändern und Gebüschsäumen,
 - unter Erhaltung von Horst- und Höhlenbäumen sowie von erkennbaren Brutbäumen des Heldbocks und des Hirschkäfers,
 - die Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln ist nur in begründeten Einzelfällen und nur nach Zustimmung durch die obere Naturschutzbehörde zulässig,
 - die Aufforstung von Freiflächen (Wiesen, Weiden, Brachen) ist nur nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde zulässig,
 - ohne Holzentnahme oder -abfuhr in der Zeit vom 1. Februar bis 31. August eines jeden Jahres, wobei von an Hauptabfuhrwegen gelegenen Holzlagerplätzen jedoch zwischen dem 1. September und dem 31. März des Folgejahres Holz abgefahren werden kann; Abweichungen davon sind nur in begründeten Einzelfällen nach Zustimmung durch die obere Naturschutzbehörde zulässig,
 - auf zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung in Landeseigentum befindlichen Forstflächen ohne Selbstwerbung von Brennholz mit Ausnahme zur Aufarbeitung von anfallenden Baumkronen nach flächenhaften forstlichen Endnutzungen,
3. die ordnungsgemäße Berufsfischerei auf der Elbe zwischen km 262,8 und 266, jedoch
- nur in der Zeit vom 15. Juli bis 15. März des folgenden Jahres,
 - ohne künstlichen Besatz,
 - ohne Überschreitung einer Maschengröße der Stellnetze von 10 x 10 cm,
 - unter Verwendung von Reusen nur mit Reusengitter (nicht größer als 10 x 10 cm),
 - nicht im Umkreis von 30 m um besetzte Biberbaue,
 - ohne Betreten des Ufers,
 - nur in der Zeit von einer Stunde vor Sonnenaufgang bis eine Stunde nach Sonnenuntergang,
 - ohne Eisfischerei und Elektrofischerei,
 - ohne Ausgabe von Angelkarten,
 - bei erfolgtem Fang unter Wiedereinsetzung von gemäß der FFH-Richtlinie geschützten Fischarten in das Gewässer,
4. die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd, jedoch
- nur als Ansitz- oder Pirschjagd,

- als Drückjagd nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde; die Zustimmung wird nur erteilt, wenn die beabsichtigte Form der Jagd ökologisch geboten ist oder zur Minderung von erheblichen Wildschäden in Wald und Feld erforderlich ist und die Durchführung den Schutzzweck nicht beeinträchtigt; der Durchführungszeitraum erstreckt sich vom 1. Oktober bis zum 15. Dezember, ausgenommen sind die Termine der zentralen Wasservogelzählungen (das Wochenende, welches dem jeweils 15. Tag des Monats am nächsten liegt),
 - ausnahmsweise auch als Bau- oder Fangjagd nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde; die Zustimmung wird nur erteilt, wenn die beabsichtigte Form der Jagd ökologisch erforderlich ist und die Durchführung den Schutzzweck nicht beeinträchtigt,
 - nur auf Rothirsch, Reh, Wildschwein und Rotfuchs sowie auf nicht autochthone Arten wie Damhirsch, Mink, Waschbär oder Marderhund, jedoch nicht auf Vögel,
 - mit nicht angeleiteten ausgebildeten Jagdhunden nur, soweit diese zur Nachsuche oder zur Stöberarbeit bei zugelassener Drückjagd eingesetzt werden,
 - außer bei zugelassener Fangjagd nicht im Uferbereich von Gewässern,
 - ohne Wild zu füttern, ausgenommen Kurrungen,
 - bei Errichtung jagdlicher Anlagen nur in einfacher, landschaftsangepasster Bauweise und ausschließlich unter Verwendung natürlicher Materialien,
5. der Fang von Bismarratten durch Mitarbeiter der zuständigen Institution bzw. durch von dieser beauftragte Personen in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Januar des folgenden Jahres nur mit Greiffallen, die dem Modell Roith entsprechen, und Reusen mit einer Maximalöffnung von 10 cm,
 6. auf Wegen fachkundig geführte Wanderungen mit maximal 30 Teilnehmern,
 7. die Unterhaltung der Fließgewässer, wobei Zeitpunkt und Ausführung mit der oberen Naturschutzbehörde vorher abzustimmen sind,
 8. die bestimmungsgemäße Nutzung der Bundeswasserstraße Elbe, soweit § 63 Satz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes eingehalten wird, sowie die Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben des Bundes bezüglich der Bundeswasserstraße, die obere Naturschutzbehörde ist bereits bei der Vorbereitung der hoheitlichen Maßnahmen zu unterrichten, ihr ist ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (2) Folgende Handlungen werden darüber hinaus im Gesamtgebiet, also auch innerhalb der in der beigelegten Karte als Kernzone gekennzeichneten Fläche, zugelassen:
1. Handlungen, zu deren Vornahme eine zwingende gesetzliche Verpflichtung besteht, unter weitestmöglicher Vermeidung von Beeinträchtigungen der Tiere und Pflanzen, die obere Naturschutzbehörde ist bereits bei der Vorbereitung dieser Handlungen zu unterrichten, ihr ist ausreichend Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben,
 2. das Betreten und Befahren des Gebietes, soweit dies zu einer nach dieser Verordnung rechtmäßigen Nutzung und Bewirtschaftung erforderlich ist sowie das Betreten von Grundstücken durch die Eigentümer und deren Beauftragte, unter

weitestmöglicher Vermeidung von Beeinträchtigungen der Tiere und Pflanzen und ihrer Lebensräume,

3. die Entnahme von vermehrungsfähigen Pflanzenteilen von Forstpflanzen im Rahmen der Forstsaatguternte von Saatguteinzelbäumen der Feld- und Flatterulme unter weitestgehender Vermeidung von Beeinträchtigungen der Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde,
4. das Betreten und Befahren des Gebietes
 - durch die Naturschutz-, Wasser-, Landwirtschafts- und Forstbehörden sowie die Gemeindeverwaltung,
 - durch andere Behörden und öffentliche Stellen sowie deren Beauftragte nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde,

zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben unter weitestmöglicher Vermeidung von Beeinträchtigungen der Tiere und Pflanzen und ihrer Lebensräume,

5. Untersuchungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege oder zur Entwicklung des Naturschutzgebietes, die nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde durchgeführt werden, dazu zählen auch biotopersteinrichtende Pflegemaßnahmen in den neu eingerichteten Kernzonen innerhalb der ersten 20 Jahre nach In-Kraft-Treten dieser Verordnung,
6. das Betreten des Gebietes für wissenschaftliche Forschung und Lehre, einschließlich der hierfür erforderlichen Maßnahmen nach Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde,
7. die am 1. Oktober 1990 aufgrund einer behördlichen Einzelentscheidung rechtmäßig zugelassenen Nutzungen und ausgeübten Befugnisse, soweit die Entscheidung nicht aufgehoben oder ihre Geltungsdauer abgelaufen ist, sowie die Nutzung der zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Verordnung rechtmäßigen Anlagen und Betriebe einschließlich ihrer Unterhaltung, wobei Zeitpunkt und Durchführung der Unterhaltung mit der oberen Naturschutzbehörde vorher abzustimmen sind, nicht aber Handlungen der Neuerrichtung, Rekonstruktion oder Änderung, diese Regelung gilt nicht für ackerbauliche Nutzung,
8. die durch naturschutzrechtliche Befreiung der oberen Naturschutzbehörde befristet zugelassenen Ausnahmen von den Verboten der bisher geltenden Naturschutzgebietsverordnung behalten bis zum Ablauf der im Verwaltungsakt festgelegten Frist ihre Gültigkeit.

§ 5a

Anzeigepflicht landwirtschaftlicher Maßnahmen

- (1) Die sich aus § 5 Absatz 1 Ziffer 1 ergebenden Beschränkungen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft sind bis zum 30. Juni 2005 freigestellt, die Durchführung der dadurch freigestellten landwirtschaftlichen Handlungen bedarf jedoch der vorherigen schriftlichen Anzeige bei der unteren Naturschutzbehörde.
- (2) Die Anzeige muss spätestens sechs Wochen vor dem Beginn der Ausführung der Maßnahmen erfolgt sein.

§ 6

Befreiungen

Von den Verboten dieser Verordnung kann die obere Naturschutzbehörde gemäß § 44 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt auf Antrag Befreiung gewähren, wenn

1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder
 - b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, gemäß § 57 Absatz 1 Nr. 1 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. den Verboten des § 3 zuwiderhandelt
 2. eine nach § 4 erlaubnispflichtige Handlung vornimmt, ohne die nach dieser Vorschrift erforderliche Erlaubnis zu besitzen
 3. eine nach § 5 zustimmungspflichtige Handlung vornimmt, ohne vorher die nach dieser Vorschrift erforderliche Zustimmung eingeholt zu haben
 4. eine nach § 5a erforderliche Anzeige nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig abgibt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 57 Absatz 2 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 8

In-Kraft-Treten; Aufhebung von Vorschriften; Vorrang

- (1) Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.
- (2) Zugleich treten außer Kraft:
 1. Nr. 14 -Bezirk Halle- der Anordnung Nr. 1 über Naturschutzgebiete des Ministers für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft vom 30. März 1961 (GBI.- DDR I, S. 166) in der Fassung des Beschlusses Nr. 34-8/83 des Bezirkstages Halle vom 17. März 1983 (Tageszeitung „Freiheit“ vom 18. März 1983),
 2. Behandlungsrichtlinie zur Entwicklung, Gestaltung und Pflege des Naturschutzgebietes „Saalberghau“.
- (3) Die Vorschriften dieser Verordnung gehen den Vorschriften der Verordnung über die Festsetzung von Naturschutzgebieten und einem Landschaftsschutzgebiet von zentraler Bedeutung als Biosphärenreservat Mittlere Elbe vom 12. September 1990 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 1. Januar 1997 (GVBL. LSA, Seite 2, 219) vor.

Regierungspräsidium Halle

Halle, den

Leimbach
Regierungspräsident